

RAUE Potsdamer Platz 1 | 10785 Berlin

Verwaltungsgericht Frankfurt am Main  
Adalbertstraße 18  
60486 Frankfurt am Main

**Vorab per  
Elektronischer Kommunikation**

RAUE

Partnerschaft von Rechtsanwälten  
und Rechtsanwältinnen mbB

Potsdamer Platz 1  
10785 Berlin

www.raue.com

## Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung

der BuzzFeed GmbH, vertreten durch die Geschäftsführer  
Herrn Jonah Peretti und Herrn Eric Muhlheim,  
Littenstr. 106/107, 10179 Berlin,

**Antragstellerin,**

Prozessbevollmächtigte:

die Rechtsanwälte der Sozietät RAUE,  
Potsdamer Platz 1, 10785 Berlin

**gegen**

die KfW Bankengruppe,  
Palmengartenstraße 5-9, 60325 Frankfurt am Main,

**Antragsgegnerin,**

wegen: Informationsfreiheitsrecht

vorläufiger Streitwert: Auffangwert

Datum: 1. April 2019

Unser Zeichen: [REDACTED]

Dr. Christoph-David Munding

Dr. Arne Dittloff

Sekretariat: Jacqueline Lindner

Tel: +49 30 818 [REDACTED]

Fax: +49 30 818 [REDACTED]

[REDACTED].com

Wir zeigen an, dass wir die Antragstellerin vertreten. Eine schriftliche Vollmacht ist als **Anlage AS 1** beigelegt.

Namens und in Vollmacht der Antragstellerin beantragen wir,

die Antragsgegnerin im Wege der einstweiligen Anordnung zu verpflichten, der Antragstellerin Zugang zu allen verfügbaren amtlichen Informationen der Antragsgegnerin zu nachfolgend genannten Themenkomplexen zu gewähren mit Ausnahme solcher Informationen, deren Preisgabe die Belange Dritter berühren:

1. Im Mai 2018 wurde die Antragsgegnerin nach eigener Auskunft durch eine Beschwerde der Rainforest Foundation UK über potenzielle Menschenrechtsverletzungen in und um den Salonga Nationalpark informiert. Daraufhin war die Antragsgegnerin in engem Kontakt und Austausch mit der Rainforest Foundation UK, dem WWF und der kongolesischen Naturschutzbehörde Institut Congolais pour la Conservation de la Nature und hat um Stellungnahme und Informationen zu den Vorwürfen gebeten. Nach Untersuchung der vorliegenden Dokumentationen hat die Antragsgegnerin die Rainforest Foundation UK um weitere Informationen gebeten, die im Oktober/November 2018 der Antragsgegnerin übermittelt wurden.
2. Nach Auskunft der Antragsgegnerin wurden im Jahr 2018 im Salonga Nationalpark auf Basis der nationalen und internationalen Vorgaben Arbeiten zur Entwicklung eines Beschwerdemechanismus begonnen, dessen Implementierung im Verlaufe des Jahres 2019 beginnen soll.
3. Nach Auskunft der Antragsgegnerin zählen zu den von der Antragsgegnerin ergriffenen Maßnahmen die Erhebung der Ist-Situation und die Erarbeitung von Handlungsempfehlungen in allen Schutzgebietsvorhaben im sog. Kongobecken mit Bezug zu indigenen Gruppen (in Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit) und die Durchführung erster Studien in Schutzgebieten der Demokratischen Republik Kongo zur Erstellung von Aktionsplänen zur angemessenen Berücksichtigung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen im Rahmen von Vorhaben, bei denen es zu einer finanziellen Zusammenarbeit mit der Antragsgegnerin kommt.

## **Begründung:**

Es besteht der Verdacht, dass die Antragsgegnerin dem WWF im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit Steuergelder zur Verfügung gestellt hat, mit denen sich der WWF im Salonga Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo privater Milizen und geheimdienstähnlicher Strukturen bedient hat, gegen illegale Inhaftierungen, Foltervorwürfe sowie Morde an indigener Bevölkerung nicht effektiv vorgegangen ist und sogar hieran beteiligt war.

Über diesen Verdacht hat die Antragstellerin, ein digitales Medienunternehmen im Bereich Nachrichten und Unterhaltung, bereits berichtet. Die Antragstellerin hat aber nach wie vor keine Kenntnis darüber, wie die Antragsgegnerin auf die bekanntgewordenen Vorwürfe reagiert hat und ob die erwähnten Missstände aus deutschen Steuermitteln finanziert wurden. Es geht ihr also um dringliche und rasche Aufklärung. Hierfür ist sie auf die antragsgegenständlichen Informationen der Antragsgegnerin angewiesen.

Eine entsprechende Anfrage der Antragstellerin lehnte die Antragsgegnerin Anfang März dieses Jahres jedoch mit der Begründung ab, sie sei nicht anspruchspflichtig nach dem IFG.

Vor diesem Hintergrund ist der vorliegende Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung geboten. Mit diesem Antrag begehrt die Antragstellerin Zugang zu amtlichen Unterlagen der Antragsgegnerin zu den genannten Vorwürfen und zum Umgang der Antragsgegnerin mit diesen Vorwürfen. Hinsichtlich der Aufklärung der Vorwürfe – insbesondere der Frage, ob Steuergelder für derartige Handlungen des WWF verwendet wurden – besteht ein überragendes und dringendes öffentliches Interesse. Sollten sich die Vorwürfe bewahrheiten, wäre dies ein nicht hinzunehmender, schwerer Rechtsbruch staatlicher Stellen. Das öffentliche Interesse an den begehrten Informationen folgt zudem aus dem Umstand, dass diese die Aufklärungsbemühungen einzelner WWF-Sektionen wirksam unterstützen können. Die entsprechenden Sektionen würden die Informationen durch die geplante umfängliche Veröffentlichung durch die Antragstellerin für ihre eigene Aufklärung nutzen können. Die Antragstellerin veröffentlicht regelmäßig und soweit rechtlich möglich die Originaldokumente, die ihren Recherchen zugrunde liegen. Die Öffentlichkeit kann zudem anhand der streitgegenständlichen Informationen nach Abschluss der Aufklärungsmaßnahmen des WWF beurteilen, ob diese zielführend und effektiv waren.

Die erforderliche Aufklärung des Sachverhalts kann nicht bis zur Entscheidung in einem etwaigen, mehrere Jahre dauernden Hauptsacheverfahren warten.

Im Einzelnen:

## I. Sachverhalt

### 1. Zur Antragstellerin und ihren Recherchen zur Rolle der Antragsgegnerin im Zusammenhang mit Menschenrechtsverletzungen im Salonga Nationalpark

Die Antragstellerin ist ein digitales Medienunternehmen im Bereich Nachrichten und Unterhaltung. Ihr deutschsprachiges Portal ist unter der URL [www.buzzfeed.com/de](http://www.buzzfeed.com/de) erreichbar.

Sie recherchiert gegenwärtig zu Menschenrechtsverletzungen im Salonga Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo. Dieser Park zählt zu den von der Bundesrepublik Deutschland geförderten und finanzierten Schutzgebieten. Im Zeitraum von 2005 bis Januar 2018 investierte die Bundesrepublik Deutschland für den Biodiversitätserhalt und die nachhaltige Waldbewirtschaftung in verschiedenen Schutzgebieten der Demokratischen Republik Kongo (u.a. dem Salonga Nationalpark) insgesamt einen Betrag in Höhe von 83,1 Millionen Euro.

**Glaubhaftmachung:** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Michel Brandt, Andrej Hunko, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE vom 26. Januar 2018 (BT-Drs. 19/331), BT-Drs. 19/540 S. 15; Antwort beigelegt als **Anlage AS 2**

Die Bundesregierung beauftragt in Entwicklungshilfe-Projekten regelmäßig die Antragsgegnerin mit der operativen Umsetzung der Entwicklungshilfemaßnahmen. Die Antragsgegnerin bedient sich in Projekten der Entwicklungshilfe und des Naturschutzes vor Ort in der Regel lokaler Consultants. Im Salonga Nationalpark besteht ein solcher Consultingvertrag mit dem WWF.

**Glaubhaftmachung:** Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Eva-Maria Elisabeth Schreiber, Heike Hänsel, Michel Brandt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE vom 14. Juni 2018 (BT-Drs. 19/2114), BT-Drs. 19/2750 S. 8/9; Antwort beigelegt als **Anlage AS 3**

Dem WWF wird vorgeworfen, sich vor Ort privater Milizen und geheimdienstähnlicher Strukturen zu bedienen und auch gegen illegale Inhaftierungen, Folterwürfe sowie Morde dieser Milizen an indigener Bevölkerung nicht effektiv vorzugehen und sogar hieran beteiligt zu sein.

Hierüber hat der britische Ableger der Antragstellerin am 4. März 2019 berichtet.

**Glaubhaftmachung:** Artikel „WWF Funds Guards Who Have Tortured And Killed People“, erschienen am 4. März 2019 auf [www.buzzfeednews.com](http://www.buzzfeednews.com); Artikel beigefügt als **Anlage AS 4**

Die Antragstellerin berichtete am 5. März 2019 ebenfalls über dieses Thema und wies in dem Artikel ausdrücklich darauf hin, dass die Antragsgegnerin die Vorlage von Informationen verweigere.

**Glaubhaftmachung:** Artikel „Die Bundesregierung hat offenbar schwere Menschenrechtsverbrechen über Jahre mitfinanziert“, erschienen am 5. März 2019 auf [www.buzzfeed.com/de/](http://www.buzzfeed.com/de/); Artikel beigefügt als **Anlage AS 5**

Ziel der Recherchen der Antragstellerin ist es, zu untersuchen, wie die Antragsgegnerin auf bekanntgewordene Vorwürfe reagierte und ob die erwähnten Missstände aus deutschen Steuermitteln finanziert wurden.

## 2. Zum vorgerichtlichen Verfahren

Zu diesem Zweck stellte die Antragstellerin am 23. Januar 2019 eine Presseanfrage an die Antragsgegnerin, in der die Antragstellerin um Beantwortung von insgesamt acht Fragen bat.

**Glaubhaftmachung:** Presseanfrage vom 23. Januar 2019, beigefügt als **Anlage AS 6**

Hierauf antwortete die Antragsgegnerin mit Schreiben vom 23. Januar 2019 und beantwortete die Fragen der Antragstellerin lediglich zu einem geringen Teil. Sechs der gestellten acht Fragen blieben bis heute unbeantwortet.

**Glaubhaftmachung:** Antwortschreiben der Antragsgegnerin vom 4. Februar 2019, beigefügt als **Anlage AS 7.1**, sowie zwischenzeitliche Korrespondenz mit der Antragsgegnerin, beigefügt als **Anlagenkonvolut 7.2**

Daraufhin stellte die Antragstellerin mit Schreiben vom 11. Februar 2019 einen IFG-Antrag an die Antragsgegnerin, mit dem die Antragstellerin Zugang zu allen amtlichen Informationen zu folgenden Themen begehrte:

- *„Im Mai 2018 wurde die KfW nach eigener Auskunft durch eine Beschwerde der Rainforest Foundation UK (RFUK) über potenzielle Menschenrechtsverletzungen in und um den Salonga Nationalpark (PNS) informiert. Daraufhin war die KfW in engem Kontakt und Austausch mit „Rainforest UK“ (RFUK), dem WWF und der kongolesischen Naturschutzbehörde Institut Congolais pour la Conservation de la Nature (ICCN) und hat um Stellungnahme und Information gebeten. Nach Untersuchung der vorliegenden Dokumentationen wurde RFUK um weitere Informationen gebeten, die im Oktober / November 2018 der KfW übermittelt wurden.“*
- *„Darüber hinaus wurden nach Auskunft der PNS 2018 auf Basis der nationalen und internationalen Vorgaben Arbeiten zur Entwicklung eines Beschwerdemechanismus begonnen, dessen Implementierung im Verlaufe des Jahres 2019 beginnen soll.“*
- *„Zu den von der KfW ergriffenen Maßnahmen zählen nach eigener Auskunft zudem die Erhebung der Ist-Situation und Erarbeitung von Handlungsempfehlungen in allen Schutzgebietsvorhaben im Kongobecken mit Bezug zu indigenen Gruppen (in Zusammenarbeit mit GIZ) und die Durchführung erster Studien in Schutzgebieten der DR Kongo zur Erstellung von Aktionsplänen zur angemessenen Berücksichtigung der Rechte indigener Bevölkerungsgruppen im Rahmen der FZ-Vorhaben.“*

**Glaubhaftmachung:** IFG-Antrag der Antragstellerin vom 11. Februar 2019, beigelegt als **Anlage AS 8**

Am 28. Februar 2019 führte die Antragstellerin mit der Antragsgegnerin ein Telefonat, in dem die Antragsgegnerin ankündigte, den IFG-Antrag abzulehnen. Im Nachgang zu diesem Telefonat schrieb die Antragstellerin eine Nachricht an die Antragsgegnerin, in der sie das Vorliegen der Voraussetzungen für einen IFG-Anspruch näher darlegte.

**Glaubhaftmachung:** E-Mail der Antragstellerin vom 28. Februar 2019, beigelegt als **Anlage AS 9**

Hierauf antwortete die Antragsgegnerin am 4. März 2019. Sie führte aus, dass sie nach dem IFG nicht anspruchspflichtig sei und daher dem Antrag „nicht entsprechen“ könne. Sie sei keine Behörde im Sinne des IFG und als sonstige Bundeseinrichtung in dem angesprochenen Zusammenhang (Entwicklungshilfsprojekte) ausschließlich privatrechtlich und gerade nicht öffentlich-rechtlich tätig.



**Glaubhaftmachung:** E-Mail der Antragsgegnerin vom 4. März 2019, beigelegt als **Anlage AS 10**

## II.

### Rechtliche Würdigung

Der zulässige Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung ist begründet.

Die Antragstellerin hat einen Anordnungsanspruch (hierzu **unter 1.**) und einen Anordnungsgrund (hierzu **unter 2.**) hinreichend glaubhaft gemacht, § 123 Abs. 1 und 3 VwGO i.V.m. §§ 920 Abs. 2, 294 ZPO.

Dem Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung steht nicht das grundsätzliche Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache entgegen (hierzu **unter 3.**). Der Antrag ist schließlich spruchreif (hierzu **unter 4.**).

Im Einzelnen:

#### 1. Zum Vorliegen eines Anordnungsanspruchs

Die Antragstellerin kann sich auf einen Anordnungsanspruch berufen.

Die Antragstellerin ist als in Deutschland niedergelassene juristische Person des Privatrechts in der Rechtsform der GmbH „Jeder“ i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG und damit anspruchsberechtigt.

Die Antragsgegnerin ist anspruchspflichtig nach § 1 Abs. 1 IFG (hierzu **unter a)**). Dem Informationsbegehren stehen keine Ausschlussgründe entgegen (hierzu **unter b)**).

##### a) Zur Anspruchsverpflichtung der Antragsgegnerin nach § 1 Abs. 1 IFG

##### aa) Antragsgegnerin ist Behörde des Bundes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG

Die Antragsgegnerin ist als bundeseigene Anstalt des öffentlichen Rechts eine Behörde des Bundes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG.

Die Antragsgegnerin ist nach § 1 Abs. 1 S. 1 Gesetz über die Kreditanstalt für Wiederaufbau („**KredAnstWiAG**“) eine bundesunmittelbare Anstalt des öffentlichen Rechts i.S.v. Art. 86 S. 1 Var. 3 GG, Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG. Zwar sind zu einem geringen Anteil auch die Länder am Grundkapital der Antragsgegnerin beteiligt (vgl. § 1 Abs. 2

KredAnstWiAG). Rechtsträger der Antragsgegnerin ist aber der Bund. Dieser trägt die sog. Anstaltslast, vgl. § 1a KredAnstWiAG. In der Konsequenz übt das Bundesministerium der Finanzen die Rechtsaufsicht über die Anstalt im Benehmen mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie aus, vgl. § 12 KredAnstWiAG.

Was eine Behörde des Bundes ist, regelt das IFG nicht. Nach der Gesetzesbegründung ist insoweit der funktionale Behördenbegriff i.S.v. § 1 Abs. 4 VwVfG zugrunde zu legen (BT-Drs. 15/4493, S. 7). Behörde ist danach jede Stelle, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnimmt. Diese Auslegung des Behördenbegriffs i.S. des IFG ist höchststrichterlich geklärt

*(vgl. nur BVerwG, Urteil vom 3. November 2011 – 7 C 3/11, BVerwGE 141, 122-133, Rn. 11 ff.; BVerwG, Urteil vom 27. November 2014 – 7 C 19/12, juris Rn. 17).*

Unter Zugrundelegung dieses funktionalen Behördenbegriffs sind auch bundesunmittelbare Anstalten des öffentlichen Rechts i.S.v. Art. 86 S. 1 Var. 3 GG, Art. 87 Abs. 3 S. 1 GG eine Behörde des Bundes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG. Bundesunmittelbare Anstalten des öffentlichen Rechts gehören zur mittelbaren Bundesverwaltung. Die Zuordnung zum Bund folgt daraus, dass dieser Verwaltungsträger der Anstalt ist. Da der funktionale Behördenbegriff nicht zwischen unmittelbarer und mittelbarer Bundesverwaltung differenziert, sind alle bundesunmittelbaren Anstalten des öffentlichen Rechts Behörden des Bundes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG

*(allg. Ansicht, vgl. nur OVG Münster, Urteil vom 19. März 2013 – 8 A 1172/11, juris Rn. 30; Schoch, IFG, 2. Aufl. 2016, § 1 Rn. 135 und 163; Debus, in: Gersdorf/Paal, BeckOK Informations- und Medienrecht, 23. Edition, Stand: 01.02.2019, § 1 IFG Rn. 131; Brink, in: Brink/Polenz/Blatt, IFG, 2017, § 1 Rn. 87).*

Dass die Antragsgegnerin eine Behörde des Bundes ist, teilt auch die Kommentarliteratur. Der Standardkommentar von Schoch führt hierzu wörtlich aus:

*„Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ist nach § 1 Abs. 1 S. 1 KfW-Gesetz eine Anstalt des Öffentlichen Rechts und damit gemäß § 1 Abs. 1 S. 1 IFG anspruchspflichtig.“*



(Schoch, IFG, 2. Aufl. 2016, § 1 Rn. 168; so neuerdings auch Brink, in: Brink/Polenz/Blatt, IFG, 2017, § 1 Rn. 87)

Anders als die Antragsgegnerin meint, liegt somit kein Fall des § 1 Abs. 1 S. 2 IFG vor.

Die Antragsgegnerin beruft sich insoweit auf die Gesetzesbegründung, die zu § 1 Abs. 1 S. 2 IFG folgendes ausführt:

*„Satz 2 stellt klar, dass auch Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht, Bundesgerichte und Bundesbank einbezogen werden, soweit dort öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrgenommen werden. Dabei sind Behörden und Einrichtungen, die nur teilweise öffentlich-rechtlich tätig werden, nur insoweit zum Informationszugang verpflichtet. Dies gilt insbesondere für die Kreditinstitute des Bundes.“*

(BT-Drs. 15/4493, S. 7/8)

Die Gesetzesbegründung geht hier jedoch fehl. Die Antragsgegnerin ist als Kreditinstitut des Bundes Behörde des Bundes i.S.v. § 1 Abs. 1 S. 1 IFG. Die Gesetzesbegründung steht insoweit im Widerspruch zur Regelung in § 1 Abs. 1 S. 1 IFG und muss folglich im Rahmen der Gesetzesauslegung unberücksichtigt bleiben

*(so in Bezug auf die KfW bereits die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in ihrem Tätigkeitsbericht zur Informationsfreiheit für die Jahre 2010 und 2011 (dort S. 56), die zu den entsprechenden Ausführungen in der Gesetzesbegründung folgendes ausgeführt hat: „Diese Auffassung teile ich nicht: Die KfW ist gemäß § 1 Absatz 1 KfW-Gesetz eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Damit zählt sie zur mittelbaren Bundesverwaltung im Sinne des Artikels 86 GG und ist „Behörde“ (auch) im Sinne des § 1 Absatz 1 Satz 1 IFG. Die Gesetzesbegründung zum IFG entspricht an dieser Stelle nicht dem inhaltlichen Gehalt der Regelungen.“; Bericht auszugsweise beigefügt als **Anlage AS 11**).*

Zu Recht betont auch der Standardkommentar zum IFG von Schoch, dass die Bundesbank als bundesunmittelbare juristische Person des öffentlichen Rechts und damit als Behörde des Bundes nach § 1 Abs. 1 S. 1 IFG auskunftspflichtig ist

(siehe nochmals Schoch, IFG, 2. Aufl. 2016, § 1 Rn. 179).

Das Bundesverwaltungsgericht hat ebenfalls bereits klargestellt, dass der Regelung in § 1 Abs. 1 S. 2 IFG für sonstige Bundesorgane und -einrichtungen kein eigenständiger Bedeutungsgehalt zukommt

*(BVerwG, Urteil vom 3. November 2011 – 7 C 3/11, BVerwGE 141, 122-133, Rn. 18, das hierzu folgendes ausgeführt hat: „Ausgehend von einem funktionellen Behördenbegriff hat die Regelung in § 1 Abs. 1 Satz 2 IFG für die sonstigen Bundesorgane und -einrichtungen keine konstitutive Bedeutung [...]. Vielmehr soll lediglich klargestellt werden, dass auch Bundestag, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht und Bundesgerichte sowie Bundesbank vom Geltungsbereich des Gesetzes erfasst sind, soweit sie öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben wahrnehmen.“).*

Nach alledem ist die Antragsgegnerin als Behörde nach § 1 Abs. 1 Satz 1 IFG zur Informationserteilung verpflichtet.

**bb) Hilfsweise: Informationszugangsanspruch nach § 1 Abs. 1 S. 2 IFG**

Aber selbst wenn die Auffassung der Antragsgegnerin richtig wäre und sich eine Anspruchsverpflichtung der Antragsgegnerin nur aus § 1 Abs. 1 S. 2 IFG ergeben könnte, wäre die Antragsgegnerin anspruchspflichtig.

Die Voraussetzungen des § 1 Abs. 1 S. 2 IFG liegen ebenfalls vor.

Der streitgegenständliche Informationszugangsanspruch betrifft Bereiche, in denen die Antragsgegnerin öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben übernimmt. Es geht um operative Unterstützungsmaßnahmen der Antragsgegnerin bei Entwicklungshilfeprojekten der Bundesrepublik Deutschland im Auftrag der Bundesregierung. Hierbei handelt es sich um öffentlich-rechtliche Verwaltungsaufgaben gemäß § 2 Abs. 1 Nr. 1 lit. h) KredAnstWiAG. Danach hat die Antragsgegnerin u.a. die Aufgabe, im staatlichen Auftrag Fördermaßnahmen, insbesondere Finanzierungen, im Bereich entwicklungspolitischer Zusammenarbeit durchzuführen.

Vorliegend geht es um entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Die Förderung des Salonga Nationalparks durch die Bundesrepublik Deutschland fällt in den Bereich der finanziellen Zusammenarbeit und damit in den Bereich der Entwicklungshilfe.

## **b) Keine Ausschlussgründe**

### **aa) Zum Ausschlussgrund des § 3 IFG**

Ausschlussgründe i.S.v. § 3 IFG liegen nicht vor.

Insbesondere greift hier – ungeachtet dessen, dass sich die Antragsgegnerin hierauf nicht berufen hat – nicht der Ausschlussgrund des § 3 Nr. 6 IFG.

Nach § 3 Nr. 6 IFG besteht ein Anspruch auf Informationszugang nicht, wenn das Bekanntwerden der Information geeignet wäre, fiskalische Interessen des Bundes im Wirtschaftsverkehr oder wirtschaftliche Interessen der Sozialversicherungen zu beeinträchtigen.

Diese Voraussetzungen liegen hier nicht vor. Insbesondere wäre das Bekanntwerden der begehrten Informationen nicht geeignet, fiskalische Interessen des Bundes im Wirtschaftsverkehr zu beeinträchtigen. Fiskalische Interessen sind dadurch gekennzeichnet, dass der Staat wie ein privater Dritter als Marktteilnehmer am Wirtschaftsleben und am Privatrechtsverkehr teilnimmt und seine wirtschaftlichen Informationen ebenso schutzwürdig wie die Privater sind (BT-Drs. 15/4993 S. 11).

Zwar ist anerkannt, dass diese Voraussetzungen grundsätzlich auch bei Bankgeschäften des Bundes (z.B. ausgeführt durch die Antragsgegnerin) vorliegen können

*(Schoch, IFG, 2. Aufl. 2016, § 3 Rn. 286).*

Entscheidend ist aber, dass sich der Bund nur dann im Wirtschaftsverkehr befindet, wenn er am Markt wie ein Privater mit der Absicht der Gewinnerzielung auftritt

*(Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 19. März 2013 – 8 A 1172/11, juris Rn. 36).*

Dies ist hier erkennbar nicht der Fall. Die Mittelzuwendungen der Antragsgegnerin an den WWF erfolgten im Rahmen eines Entwicklungshilfeprojekts. Die Antragsgegnerin trat dabei nicht am Markt wie ein Privater mit der Absicht der Gewinnerzielung auf. Damit unterscheidet sich der vorliegende Fall grundlegend von solchen, in denen der Bund wie ein Privater am Markt auftritt, wie beispielsweise im Bereich der Schuldenverwaltung oder der öffentlichen Auftragsvergabe im staatlichen Vergabewesen

*(vgl. hierzu Schoch, IFG, 2. Aufl. 2016, § 3 Rn. 286).*

Dem Informationsanspruch der Antragstellerin stehen damit keine Ausschlussgründe nach § 3 IFG entgegen.

## **bb) Zu den Ausschlussgründen der §§ 5 und 6 IFG**

Dem Informationsantrag stehen auch keine Ausschlussgründe nach §§ 5 und 6 IFG entgegen.

Sofern und soweit Ausschlussgründe i.S. der §§ 5 und 6 IFG berührt sein könnten, ist der geltend gemachte Anspruch hier ausdrücklich nur auf solche Informationen gerichtet, hinsichtlich derer keine Ausschlussgründe i.S. von §§ 5 und 6 IFG gegeben sein können. Sollten entsprechende Ausschlussgründe in Bezug auf Informationen in Betracht kommen, ist die Antragstellerin ausdrücklich damit einverstanden, dass die Antragsgegnerin die entsprechenden Passagen schwärzt.

Aus diesem Grund ist auch nicht erforderlich, dass die Antragsgegnerin ein Drittbeteiligungsverfahren i.S.v. § 8 IFG durchführt. Der Informationsantrag soll explizit keine Informationen umfassen, deren Preisgabe die Belange Dritter berührt. Er beschränkt sich vielmehr auf die bei der Antragsgegnerin vorhandenen Informationen, die Belange Dritter offenkundig nicht berühren.

## **2. Zum Vorliegen eines Anordnungsgrunds**

Die Antragstellerin kann sich auch auf einen Anordnungsgrund berufen.

Ein Anordnungsgrund liegt nach § 123 Abs. 1 S. 1 VwGO u.a. dann vor, wenn die Regelungsanordnung zur Abwendung wesentlicher Nachteile, zur Verhinderung drohender Gewalt oder aus anderen Gründen nötig erscheint.

Für die Frage, ob eine vorläufige Regelung notwendig erscheint, ist das Interesse des jeweiligen Antragstellers an der begehrten Regelung mit dem Interesse des jeweiligen Antragsgegners an der Beibehaltung des bestehenden Zustandes abzuwägen

*(siehe nur Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 3. Juli 2012 – 6 B 1209/12, juris Rn. 21).*

Nach dieser Maßgabe kann sich die Antragstellerin hier auf einen Anordnungsgrund berufen.

**a) Informationszugang dient dringlicher Aufklärung staatlicher Missstände**

Mit den begehrten Informationen möchte die Antragstellerin dringend und schnellstmöglich offensichtliche Missstände bei der Verwendung staatlicher Mittel aufdecken.

Sollte es zutreffen, dass sich der WWF unter Inanspruchnahme finanzieller Mittel der Bundesrepublik Deutschland im Salonga Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo privater Milizen und geheimdienstähnlicher Strukturen bedient hat, gegen illegale Inhaftierungen, Foltervorwürfe sowie Morde dieser Milizen an indigener Bevölkerung nicht effektiv vorgegangen ist und sogar hieran beteiligt war, wäre dies ein nicht hinzunehmender staatlicher Missstand und zugleich ein schwerwiegender Rechtsbruch. Es darf nicht sein, dass deutsche Steuergelder über Umwege bei privaten Milizen landen und mit Hilfe deutscher Steuergelder schwerste Straftaten, insbesondere solche gegen das Leben, begangen werden.

Ein solcher möglicher Missstand bedarf der sofortigen Aufklärung, da er – sollte er tatsächlich bestehen – schnellstmöglich unterbunden werden muss. Eine sofortige Aufklärung dieser Vorwürfe liegt damit im dringenden und gesteigerten öffentlichen Interesse. Es ist im öffentlichen Interesse, dass Gewissheit besteht, wofür Steuergelder verwendet werden und ob Steuergelder im Rahmen der Entwicklungshilfe zweckentfremdet werden.

Das dringliche öffentliche Aufklärungsinteresse folgt auch aus dem Umstand, dass diverse WWF-Sektionen nach Veröffentlichung der Vorwürfe durch die Antragstellerin angekündigt haben, eigene Untersuchungen zur Aufklärung der Vorwürfe in die Wege zu leiten. Die deutsche WWF-Sektion hat hierfür den ehemaligen Menschenrechtsbeauftragten der Bundesregie-

zung Markus Löning und sein Institut „Human Rights & Responsible Business“ beauftragt.

**Glaubhaftmachung:** Artikel „WWF-Untersuchung – Experte sieht moralisches Dilemma“, erschienen am 7. März 2019 auf [www.zdf.de](http://www.zdf.de); Artikel beigefügt als **Anlage AS 12**

Die mit dem streitgegenständlichen Antrag begehrten Informationen werden diese Aufklärungsbemühungen der verschiedenen WWF-Sektionen im Interesse der öffentlichen Aufklärung unterstützen. Die Antragstellerin wird die begehrten Informationen nach Erhalt soweit möglich in Gänze und im Original veröffentlichen. So würde es auch den WWF-Sektionen und dem mit der Untersuchung der Vorwürfe beauftragten Institut „Human Rights & Responsible Business“ möglich sein, diese zu nutzen. Die Recherche der Antragstellerin würde also in besonderem Maße der Befriedigung des öffentlichen Aufklärungsinteresses dienen.

Die begehrten Informationen werden zudem der Öffentlichkeit ermöglichen, nach Abschluss der Untersuchungsmaßnahmen der WWF-Sektionen die Effektivität dieser Untersuchungen beurteilen zu können.

Ebenfalls wird die Öffentlichkeit sich anhand der Informationen ein Bild davon machen können, wie Geldgeber des WWF nach Bekanntwerden der Vorwürfe auf diese reagiert haben.

Der Erfüllung des streitgegenständlichen IFG-Antrags kommt damit eine gesamtgesellschaftliche Bedeutung zu, der nur dann Genüge getan wird, wenn der Antragstellerin zeitnah Zugang zu den begehrten Informationen gewährt wird.

Nach alledem duldet die beabsichtigte Aufklärung der schwerwiegenden und weitreichenden Vorwürfe keinen Aufschub, der jedoch mit einem Abwarten eines etwaigen Hauptsacheverfahrens einherginge. Sollten sich die Vorwürfe bestätigen, wäre es überwiegend wahrscheinlich, dass bis zu einer Entscheidung in einem etwaigen Hauptsacheverfahren weiterhin Steuergelder vom WWF für genannte und offensichtlich rechtswidrige Zwecke genutzt würden. Dieser Zustand wäre schlechterdings untragbar.

Einem dringenden Aufklärungsbedarf steht auch nicht entgegen, dass sich im Nachgang der Presseberichterstattung der Antragstellerin nach Medienberichten bereits das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammen-



arbeit und Entwicklung zu den Vorwürfen geäußert und angekündigt haben, den Vorfall zu untersuchen. Es ist nicht gewährleistet, dass diese interne Untersuchung eine vollständige Aufklärung des Vorfalls leistet. Der Informationszugangsanspruch nach dem IFG ist vielmehr ein eigenes Mittel der Öffentlichkeit, für eine Aufklärung zu sorgen.

Diese Sichtweise teilt auch das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit. Das Ministerium führt in einer E-Mail vom 12. März 2019 gegenüber der Antragstellerin aus:

*„Die durch BuzzFeed News vorgebrachten Vorwürfe sind sehr schwerwiegend und ernst zu nehmen. Menschenrechtsverletzungen und andere kriminelle Handlungen durch Durchführungsorganisationen sind aus Sicht des Bundesumweltministeriums grundsätzlich nicht tolerierbar. Eine umfassende, schnelle und unabhängige Aufklärung ist aus Sicht des BMU in diesem Fall dringend notwendig.“*

**Glaubhaftmachung:** Kopie der E-Mail vom 12. März 2019, beigelegt als **Anlage AS 13**

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit bekräftigt also selbst die Notwendigkeit einer unabhängigen Aufklärung. Diese liegt im dringenden öffentlichen Interesse. Dem dient der vorliegende Antrag.

**b) Kein überwiegendes öffentliches Interesse an Zurückhaltung der begehrten Informationen**

Demgegenüber besteht kein schützenswertes öffentliches Interesse an einer Zurückhaltung der begehrten Informationen.

Dies folgt bereits daraus, dass der Anspruch nur solche Informationen erfasst, deren Veröffentlichung keine schützenswerten Interessen Dritter entgegenstehen. Der Antragsteller hat seinen Antrag bewusst auf solche amtlichen Informationen beschränkt, hinsichtlich derer keine Ausschlussgründe i.S.d. §§ 5 und 6 IFG vorliegen und die insbesondere kein Drittbeteiligungsverfahren nach dem IFG erforderlich machen.

Im Übrigen hat die Antragsgegnerin sich im Rahmen der vorgerichtlich geführten Korrespondenz nicht auf (vermeintlich) entgegenstehende öffentliche Interessen berufen. Sie hat lediglich angeführt, sie sei nicht anspruchspflichtig nach dem IFG. Diese Rechtsfrage lässt sich im vorliegenden

Verfahren einer einstweiligen Anordnung ohne Weiteres klären. Ist sie zu bejahen, steht dem Informationsanspruch kein schützenswertes öffentliches Interesse entgegen.

### 3. Zulässige Ausnahme vom Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache

Dem Erlass der begehrten einstweiligen Anordnung steht nicht das Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache entgegen.

Nach der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs gibt es kein grundsätzliches Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache im Verfahren des vorläufigen Rechtsschutzes. Der Erlass einer einstweiligen Anordnung kommt unter Hinnahme der vollständigen Erfüllung eines Anspruchs – gerade vor dem Hintergrund des Art. 19 Abs. 4 GG – dann in Betracht, wenn ohne die Vorwegnahme der Hauptsache schwere und unzumutbare, anders nicht abwendbare Nachteile für den Antragsteller entstünden und damit eine besondere Dringlichkeit gegeben ist

*(Hessischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 3. Juli 2012 – 6 B 1209/12, juris Rn. 21).*

Die Anforderungen sind vor dem Hintergrund von Art. 19 Abs. 4 GG nicht allzu hoch. Nach der Rechtsprechung des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs greift immer dann eine Ausnahme vom Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache, wenn sowohl Anordnungsanspruch als auch Anordnungsgrund vorliegen, da in solchen Fällen regelmäßig kein Zweifel an der Eilbedürftigkeit des gerichtlichen Rechtsschutzes bestehe

*(Hessischer VGH, Beschluss vom 16. März 2006 – 12 Q 590/06, juris Rn. 26).*

Nach Maßgabe dieser Grundsätze ist vorliegend eine Ausnahme vom Verbot der Vorwegnahme der Hauptsache zu machen. Die Antragstellerin hat einen Anordnungsanspruch und einen Anordnungsgrund hinreichend glaubhaft gemacht. Vernünftige Zweifel an der Eilbedürftigkeit ihres Informationsbegehrens können vor dem Hintergrund der Ernsthaftigkeit der Vorwürfe gegen den WWF und dem daraus folgenden überragenden öffentlichen Aufklärungsinteresse nicht bestehen.

Müsste die Antragstellerin den Ausgang eines etwaigen und mehrere Jahre dauernden Hauptsacheverfahrens abwarten, wäre überwiegend wahrscheinlich, dass der WWF weiterhin Steuergelder für vergleichbare rechtswidrige Handlungen verwenden würde. Dies wäre für die Öffentlichkeit schlechterdings nicht hin-

nehmbar. An der Aufklärung dieser Vorwürfe, insbesondere des Verhaltens der Antragsgegnerin, besteht damit ein überragendes und dringendes öffentliches Interesse.

#### 4. Zur Spruchreife

Der geltend gemachte Informationszugangsanspruch ist auch spruchreif, da alle Voraussetzungen des geltend gemachten Anspruchs vorliegen.

Nach Auffassung des Bundesverwaltungsgerichts sind Gerichte im Rahmen von IFG-Ansprüchen verpflichtet, alle für die Entscheidung maßgeblichen tatsächlichen Voraussetzungen des geltend gemachten Anspruchs in eigener Verantwortung festzustellen

*(BVerwG, Urteil vom 27. November 2014 – 7 C 12/13, BVerwGE 150, 383-398, Rn. 47).*

Der Spruchreife steht insbesondere nicht entgegen, dass die Antragsgegnerin bisher kein Drittbeteiligungsverfahren nach § 8 Abs. 1 IFG durchgeführt hat. Ein solches Verfahren ist hier nicht erforderlich, da sich der Antrag ausdrücklich gerade nicht auf solche Informationen bezieht, deren Preisgabe die Belange Dritter berühren. Die Antragstellerin verzichtet insoweit explizit auf die Erteilung von Informationen, hinsichtlich derer sich Dritte auf schutzwürdige Interessen berufen könnten.

Im Ergebnis ist hier damit kein Raum für einen Bescheidungsausspruch. Die Sache ist spruchreif.



Dr. Christoph-David Munding  
Rechtsanwalt und  
Fachanwalt für Verwaltungsrecht



Dr. Arne Dittloff  
Rechtsanwalt